

Sind Informationen aus einer Selbstanzeige verwertbar?

von RA Dr. Rainer Birke, Dresden

Verwenden die Strafverfolgungsbehörden durch eine Selbstanzeige erlangte Informationen in einem Strafverfahren wegen des Verdachts der Urkundenfälschung, so liegt darin kein Verstoß gegen Verfassungsrecht (BVerfG 15.10.04, 2 BvR 1316/04, Abruf-Nr. 050211).

Sachverhalt und Entscheidungsgründe

Die Verfassungsbeschwerde betrifft die Reichweite des Verwertungsverbots in § 393 Abs. 2 AO. Der BGH hatte die Verurteilung des Beschwerdeführers wegen Urkundenfälschung auch in den Fällen einer erfolgten Selbstanzeige bestätigt (vgl. Einzelheiten zum Sachverhalt *Jäger/Birke*, PStR 04, 181). Das Urteil betrifft die Frage, ob für Tatsachen in Hinblick auf Allgemeindelikte, die in Erfüllung steuerrechtlicher Pflichten offenbart werden, auch dann ein strafrechtliches Verwendungsverbot gilt, wenn zwischen dem Steuerdelikt und dem Allgemeindelikt Tateinheit besteht. Der Beschwerdeführer machte geltend, dass die Verurteilung wegen Urkundenfälschung den Grundsatz des „nemo tenetur se ipsum accusare“ verletze und er wegen des Vertrauensschutzes als Ausdruck des Rechtsstaatsprinzips darauf vertraut habe, nicht wegen Urkundenfälschung verurteilt zu werden. Das BVerfG nimmt die hierauf gestützte Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des BGH nicht zur Entscheidung an.

Entscheidungsgründe

Das als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts geschützte Recht, sich nicht selbst belasten zu müssen, wird durch die genannte Verwendung von Informationen aus einer Selbstanzeige nicht verletzt. Die vom BGH vorgenommene Auslegung des Verwendungsverbots aus § 393 Abs. 2 AO beschränkt dieses auf solche Fälle, in denen die steuerrechtlichen Mitwirkungs- und Offenbarungspflichten erzwingbar sind. Durch rechtlich vorgeschriebene Auskunftspflichten kann die Auskunftsperson gezwungen sein, sich selbst einer strafbaren Handlung zu bezichtigen. Der Steuerpflichtige ist zur Abgabe der Selbstanzeige aber rechtlich nicht gezwungen. Das Persönlichkeitsrecht schützt vor einem rechtlichen Zwang zur Selbstbelastung und einer darauf beruhenden strafrechtlichen Verurteilung, nicht aber vor der Bestrafung strafbaren Verhaltens an sich. Ein Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Analogieverbot aus Art. 103 Abs. 2 GG liegt ebenfalls nicht vor. Die Norm erfasst nicht Vorschriften über die Beweisverwertung. Grenzen für die Auslegung ergeben sich daher allenfalls aus dem allgemeinen rechtsstaatlichen Vertrauensschutz nach Art. 20 Abs. 3 GG. Die teleologische Reduktion gehört jedoch zu den anerkannten Auslegungsgrundsätzen und ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. Der Wortlaut der Norm ist damit gerade nicht geschützt.

Praxishinweis

Das BVerfG setzt mit seiner Entscheidung einen vorläufigen Schlussstrich unter die Diskussion zur Reichweite des § 393 Abs. 2 AO (vgl.

hierzu *Joecks* in FGJ, 6. Aufl., § 393 Rn. 55). Für die Steuerhinterziehung unter Verwendung gefälschter Blankobriefbögen (Urkundenfälschung) bedeutet dies, dass Straffreiheit weder materiell durch die Selbstanzeige, noch über den Weg der prozessualen Unverwertbarkeit des Inhalts der Selbstanzeige erreicht werden kann. Darauf wird auch in der steuerstrafrechtlichen Beratung hingewiesen werden müssen. Die Folge könnte sein, dass wegen der geradezu typischen Verwendung gefälschter Belege bei bestimmten Formen der USt-Verkürzungen auch die Zahl der Selbstanzeigen und der dadurch eingenommenen Steuerbeträge zurückgehen wird.